

Antrag 221/I/2024**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Open-Source-Strategie des Bundes und Kompetenzzentrum Open Source**

1 Die Ampel hat im Koalitionsvertrag wichtige Ziele veran-
2 ktert, um die digitale Souveränität zu stärken. Dazu gehö-
3 ren das Recht auf Interoperabilität und Portabilität sowie
4 das Setzen auf offene Standards, Open Source und euro-
5 päische Ökosysteme. Außerdem ist als Regel festgeschrie-
6 ben, öffentliche IT-Projekte als Open Source zu beauftra-
7 gen und bereitzustellen. Entsprechend der Digitalstrate-
8 gie soll durch den Aufbau von Wissen, Fachkräften und
9 Kapazität sowie den prioritären Einsatz von Open Source
10 Software und die verbindliche Nutzung von offenen Stan-
11 dards die digitale Souveränität auch auf der Seite der Ver-
12 waltung stärker in den Fokus genommen werden. Bis-
13 lang ist davon leider fast nichts umgesetzt, unter anderem
14 auch, weil dringend benötigte Mittel aus einem Digital-
15 budget oder für das Zentrum Digitale Souveränität (Zen-
16 DiS) gestrichen wurden.

17

18 Wir fordern daher:

19

20 Open-Source-Strategie des Bundes:

21 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialde-
22 mokratischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf,
23 zur Umsetzung der selbst gesetzten Ziele aus dem Koaliti-
24 onsvertrag eine Open-Source-Strategie für die öffentliche
25 Verwaltung zu entwickeln. Open-Source bedeutet, dass
26 der Quellcode unter einer freien Lizenz verfügbar ist, und
27 dadurch den Nutzenden die Freiheit einräumt, die Soft-
28 ware zu nutzen, zu verstehen, zu verbreiten und zu verbes-
29 sern. Die Strategie wird die digitale Souveränität Deutsch-
30 lands voranbringen und eine Investition in ein modernes
31 und agiles IT-Ökosystem der Zukunft sein.

32

33 Die Open-Source-Strategie wird in verschiedenen Hand-
34 lungsfeldern ein konkretes Zielbild für die aktuelle und die
35 folgende Legislatur entwickeln. Sie wird Projekte in missi-
36 onsorientierten Handlungsfeldern sowie Projekte mit res-
37 sortübergreifender Hebelwirkung formulieren. Die Pro-
38 jekte werden mit messbaren Zielen und Zeitplänen ver-
39 einbart, an denen sich die Regierung messen lassen wird.
40 Es erfolgt ein regelmäßiger Monitoring-Prozess mit ex-
41 terner und wissenschaftlicher Begleitung und unter Ein-
42 bindung der engagierten open-Source-Communities in
43 Deutschland.

44

45 ZenDiS zum Open-Source-Kompetenzzentrum des Bun-
46 des ausbauen:

47

48 Zur Umsetzung und Begleitung der Open-Source-
49 Strategie wird das ZenDiS als zentrale Beratungsstelle und
50 Kompetenzpool Projekte von Bund, Ländern und Kommun-
51 en unterstützen. Das Open-Source-Kompetenzzentrum
52 berät auch in Hinblick auf Einsatz und Beschaffung von
53 Open-Source-Lösungen. Die Behörden werden dabei un-
54 terstützt, in langfristig wirtschaftlichere, nachhaltige und
55 digital souveräne Lösungen zu investieren, unabhängiger
56 von Softwareanbietern zu werden und die Sicherheit
57 ihrer IT zu erhöhen.

58

59 Mit ZenDiS als Open-Source-Kompetenzzentrum wird
60 ein kontinuierlicher Austausch zwischen Bund, Ländern,
61 Kommunen und relevanten Akteuren etabliert. Im Fo-
62 kus stehen die Verbesserung der politischen und rechtli-
63 chen Rahmenbedingungen, der Aufbau und die Festigung
64 regionaler Kompetenzen, Unterstützung bei Beschaffun-
65 gen sowie das Bereitstellen von Standards und Wissen zu
66 Open Source.

67

68 Zielsetzungen der Strategie:

69

70 Ziele der Open-Source-Strategie und des Open-Source-
71 Kompetenzzentrums werden insbesondere sein:

72 • Starke Erhöhung der Open-Source-Investitionen
73 und -Neubeauftragungen im Verhältnis zur gesamt-
74 en Softwarelandschaft.

75 • Ein verbindlicher Umsetzungspfad einschließlich
76 Priorisierung wird den verstärkten Einsatz von Open
77 Source-Lösungen in der Verwaltung sicherstellen.
78 Die Entscheidung über den Einsatz von IT-Lösungen
79 erfolgt transparent und nachvollziehbar anhand
80 von objektiven Kriterien.

81 • Ein:e unabhängig:e Open Source Beauftragte:r der
82 Bundesregierung wird benannt, um über die Umset-
83 zung und Förderung der Open Source Politik zu in-
84 formieren, zu beraten und zu koordinieren. Diese:r
85 Beauftragte wird auch im Austausch mit der ehren-
86 amtlich engagierten Open-Source-Community ste-
87 hen. Es werden außerdem Regelungen für Befugnis-
88 se, Pflichten sowie die Vermeidung von Interessens-
89 konflikten getroffen.

90 • Durch regelmäßiges Monitoring wird transparent
91 erhoben, wie viel Haushaltsmittel bei der Beschaf-
92 fung von Open Source Software ausgegeben wer-
93 den und anhand der Zielmarken im Umsetzungs-
94 pfad verglichen. Insbesondere wird der prozentuale
95 Anteil von IT-Dienstleistungen im Zusammenhang
96 mit Open-Source Lösungen im Vergleich zu jenen
97 mit proprietären Lösungen prozentual deutlich er-
98 höht. Diesem Ziel dient auch die Umstellung der
99 öffentlichen Verwaltungs-IT auf Open Source Soft-
100 ware bis zum Auslaufen von aktuellen Rahmenver-

- 101 trügen mit den großen Anbietern von Büro-, E-Mail
102 und Datenbanksoftware, mit der Vereinbarung von
103 durch Behörden einfach und unkompliziert nutzbarer
104 Rahmenverträge.
- 105 • Eine Schulungs- und Workshopkampagne für die
106 Bedeutung der digitalen Souveränität der öffentlichen
107 Verwaltung wird den Anteil von sensibilisierten Entscheider:innen und Nutzer:innen in der
108 öffentlichen Verwaltung messbar erhöhen. Schulungsmaßnahmen zur Auswahl und Nutzung von
109 Open-Source-Software werden kontinuierlich angeboten.
110
 - 111 • Entwicklung eines Maßnahmenprogramms zur Erhöhung der Akzeptanz der Nutzer:innen von Open
112 Source-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung, die auf offene Kommunikation, Nutzer:innenzentrierung und den Einsatz qualitativ guter und nutzerfreundlicher Produkte setzt.
113
 - 114 • Die digitale Souveränität der Verwaltung ist durch Vernetzung mit relevanten Stakeholdern sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Verwaltungsebenen, der EU, des Bundes, der Länder und Kommunen zu stärken. Dazu gehören insbesondere auch die Koordination, der Austausch und die Verzahnung der Strategien zur Verwaltungsdigitalisierung und zu Open Source von Bund, Ländern und Kommunen. Fachverfahren in der öffentlichen Verwaltung werden auf Open Source Software umgestellt und zur Nutzung offener Standards verpflichtet.
115
 - 116 • Prüfung und Verbesserung u.a. der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Open Source und die Unterstützung bei der Beauftragung und sicheren Verwendung aktueller Technologien und Entwicklungen im Bereich der Open Source Software. Expertise kann durch extern einzuholende Gutachten ergänzt werden.
117
 - 118 • Moderne Basissoftware für die gemeinsame IT des Bundes: Basissoftware auf den Arbeitsplätzen der Verwaltung und auf der Serverinfrastruktur muss auf offenen Standards und Open-Source aufbauen, um einerseits die digitale Souveränität zu erhöhen und andererseits eine nahtlose Integration in Fachverfahren und effizientere Bürgerservices zu ermöglichen. Die hohe Abhängigkeit des Staates von einzelnen Anbietern proprietärer Software bei zentralen Bausteinen ist nicht mehr hinzunehmen. Insbesondere bei grundlegenden und behördenübergreifenden Bedarfen wie der elektronischen Aktenführung, der Verwaltung von E-Mails, Terminen und Kontakten, bei Kollaborationstools für die interne Zusammenarbeit ist Abhilfe zu schaffen. Statt dessen ist das entsprechende Open Source Ökosystem
119

- 154 zu nutzen/aufzubauen. Dazu werden die Einrich-
155 tungen des Bundes wie ZenDiS und ITZ Bund mit
156 entsprechenden Ressourcen ausgestattet.
- 157 • Der Souveräne Arbeitsplatz openDesk des Bundes
158 als einheitlicher Behörden-Desktop, bestehend aus
159 einem Paket an freier Open Source Software, der
160 derzeit von BMI und ZenDiS entwickelt wird, kann
161 zukünftig in jeder Kubernetes-fähigen Cloud be-
162 trieben werden. Für ein zeitnahes Rollout und die
163 Bereitstellung eines umfangreichen Supports für
164 die Migration auf den neuen Arbeitsplatz fordern
165 wir entsprechende Haushalts- und Personalressour-
166 cen als Investition in die Zukunft bereitstellen.
 - 167 • Sofortige Umsetzung der im Koalitionsvertrag ver-
168 einbarten Open Source Multi-Cloud Strategie durch
169 Beauftragung einer auf Open Source Cloud für die
170 öffentliche Verwaltung, mit dem ein gemeinsames
171 Ökosystem aufgebaut wird, das gemeinsame Inter-
172 operabilitätsstandards definiert und zur Referenz-
173 implementierung für föderierte Dienste in der öf-
174 fentlichen Verwaltung wird.
 - 175 • Die IT-Einrichtungen des Bundes, wie das Zentrum
176 Digitale Souveränität (ZenDiS), werden mit den er-
177 forderlichen Ressourcen ausgestattet, insbesonde-
178 re mit den Personal- und Haushaltsmitteln, damit
179 die öffentliche Verwaltung künftig über essentielle
180 Basistechnologien der Verwaltung auf Open-Source
181 Basis souverän verfügen kann, Migrationshilfe leis-
182 ten kann und Rahmenverträge mit Dienstleistern
183 für Open Source schließt. Insbesondere wird das
184 Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS) mit den er-
185 forderlichen Ressourcen zur Erfüllung seiner Aufga-
186 ben im Bereich der Digitalisierung ausgestattet.
 - 187 • Weiterentwicklung einer zentralen Software- und
188 Quellcode-Plattform der Öffentlichen Verwaltung
189 auf Basis von Open CoDE zur unkomplizierten
190 und rechtsicheren Nutzung, Austausch sowie
191 der aktiven gemeinsamen Entwicklung (z.B.
192 über Github) von Code für Software-Pakete von
193 Arbeitsplatz-Software über Basis-, Querschnitt- und
194 Infrastrukturdienste sowie Fachverfahren bis zu
195 Server-/Cloud-Software. Erst durch das Erschaffen
196 einer aktiven Community wird sichergestellt, dass
197 Projekte sich langfristig entwickeln können und
198 von mehreren Stakeholdern getragen und weiter-
199 gedacht werden können. Durch die zentrale Ablage
200 von offenen Quellcodes wird die Wiederverwen-
201 dung und gemeinsame Arbeit an Softwarelösungen
202 der Öffentlichen Verwaltung zwischen Verwaltung,
203 Wirtschaft und Gesellschaft gefördert. Neu- und
204 Weiterentwicklungen mit öffentlicher Finanzierung
205 sollen grundsätzlich dort dokumentiert und in
206 Quellcode sowie ausführbaren Paketen hinterlegt

207 werden (public money, public code). Die Weiter-
208 entwicklung von Software-Projekten wird von
209 einem Projektträger durch Beratung, Bereitstellung
210 von Tools, Austauschformaten und Hackathons
211 unterstützt.

- 212 • Einführung/Anschaffung von Open-Source Low-
213 Code/No-Code Plattformen, die auf Open-Source
214 Basis bereits marktverfügbar sind (z.B. mit Exo-
215 platform oder lutece aus Frankreich) und es Mitar-
216 beitenden mit wenig technischen Einstiegshürden
217 erlauben, mit einfachen Mitteln Vorgänge zu digi-
218 talisieren und automatisieren, ohne auf technisch
219 oft ungeeignete und kurzfristig gedachte Hilfstoos
220 wie Excel oder ähnliches ausweichen zu müssen.
221 Lösungen werden transparent und austauschbar
222 zur Verfügung gestellt, können wiederverwendet
223 und weiterentwickelt werden. Low Code und No
224 Code sind Entwicklungsansätze, die es der Verwal-
225 tung ermöglichen, Anwendungen mit minimalem
226 bis gar keinem Programmieraufwand durch visuelle
227 Schnittstellen und Drag-and-drop-Funktionen zu
228 erstellen, wodurch sie schneller und zugänglicher
229 als traditionelle Programmierung sind. Gefundene
230 Lösungen sollen allen Behörden der Kommunen,
231 Länder und des Bundes zur Wiederverwendung und
232 Anpassung an eigene Bedürfnisse zur Verfügung
233 stehen.
- 234 • Im Rahmen der Open Source Strategie fordern wir,
235 dass die öffentliche Verwaltung bei Beschaffung
236 von Hardware (IKT) den Anteil modularer und re-
237 parierbarer Produkte, die auf Open Source Soft-
238 ware und Open Hardware Lizenzen basieren, erhöht.
239 Dies fördert Nachhaltigkeit, langfristige Software-
240 Unterstützung, Unabhängigkeit von einzelnen Her-
241 stellern, senkt langfristige Kosten und stärkt die di-
242 gitale Souveränität.
- 243 • Die Open-Source-Community soll bei der Normung
244 und Standardisierung unterstützt werden, um Kom-
245 patibilität und Qualität zu sichern. Die Gemein-
246 nützigkeit für Open-Source-Projekte soll dazu aner-
247 kannt werden, um steuerliche Vorteile und finazi-
248 elle Unterstützung zu ermöglichen.

249
250

251 **Begründung**

252 Die Stärkung der digitalen Souveränität durch die Förde-
253 rung von Open Source und offenen Standards ist zentrales
254 Anliegen der Ampelregierung. Dennoch ist festzustellen,
255 es fehlt an konkreter Umsetzung und finanzieller Unter-
256 stützung, etwa wurden die Mittel für das Zentrum Digi-
257 tale Souveränität (ZenDiS) massiv gestrichen.[1] Wir müs-
258 sen daher die Entwicklung einer Open-Source-Strategie
259 auf Bundesebene in Fokus nehmen, die Einrichtung ei-

260 nes Open-Source-Kompetenzzentrums zur Beratung und
261 Unterstützung, die verstärkte Investition in Open Source
262 in der Verwaltung und die Schaffung moderner, sicherer
263 und unabhängiger IT-Systeme durch die Verwendung von
264 Open Source Software und offenen Standards, um Lock-
265 In-Effekte zu vermeiden, die IT-Sicherheit zu erhöhen und
266 eine breite digitale Kompetenz zu fördern.

267

268 Fußnoten: [1] Antwort der Bundesregierung auf die
269 kleine Anfrage von Anke Domscheit-Berg u.a. zur
270 Bedeutung von Open Source Software im Bund
271 und die Stärkung der digitalen Souveränität der
272 Bundesverwaltung [[https://mdb.anke.domscheit-
273 berg.de/wp-content/uploads/231205_KA_OpenSource-
274 Beschaffungswesen-Antwort-BuReg_Geschwaerzt.pdf](https://mdb.anke.domscheit-berg.de/wp-content/uploads/231205_KA_OpenSource-Beschaffungswesen-Antwort-BuReg_Geschwaerzt.pdf)]